



Gerlinde Kaupa

Mitglied des Deutschen Bundestages
Drogenbeauftragte der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Gerlinde Kaupa, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Runder Tisch Deggendorf

Per Email: info@runder-tisch-niederbayern.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 22 77 57 01

📠 (030) 22 77 66 75

✉ gerlinde.kaupa@bundestag.de

Heimatbüro
Schlupfinger Str. 21
94060 Pocking

☎ (08531) 2447 944

📠 (08531) 2447 943

✉ gerlinde.kaupa@wk..bundestag.de

6. September 2005 st

Sehr geehrte Damen und Herren des Runden Tisches,

für Ihre Mail vom 14. August 2005 vielen Dank! Nachstehend sende ich Ihnen die Positionen von CSU und CDU zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen:

Bundeswehreinsatz Afghanistan

Die CDU/CSU hat den bisherigen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im außen- und sicherheitspolitischen Interesse unseres Landes nachdrücklich unterstützt. Sie hält auch einen über Kabul hinaus gehenden Einsatz im Rahmen von ISAF für notwendig, um die weitere Stabilisierung und den Wiederaufbau im ganzen Land zu erreichen. In ihrem Antrag "Für ein konsequentes Engagement in Afghanistan" (Drs.15/3801) hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, wirksamer als bisher darauf hinzuwirken, daß die internationale Gemeinschaft die Stabilisierung des Landes verstärkt und der Wiederaufbau sowie die weitere Bildung und Durchsetzung staatlicher Strukturen beschleunigt werden sowie bei der Demobilisierung und der Bekämpfung des Drogenanbaus entschiedener vorgegangen wird. Natürlich ist nicht außer Acht zu lassen, daß die Wahrnehmung einer entsprechenden Aufgabe mit einer zusätzlichen Gefährdung der Truppen einhergehen kann und wir entsprechende Vorsicht walten lassen müssen. Es ist jedoch nicht akzeptabel, daß unter den Augen deutscher Streitkräfte die Drogen angebaut werden, die anschließend unser Land überschwemmen.

Der Einsatz der Bundeswehr dient weiterhin dem wichtigen Ziel, daß die Taliban, ihre Verbündeten und al-Qaida in Afghanistan nicht erneut Fuß fassen und Terrorcamps errichten. Es ist ein vitales Interesse aller diesen Einsatz unterstützenden Nationen, daß ein rechtsfreier Raum nicht wieder Terroristen übelster Ausprägung erlaubt, hier ihre Basen anzulegen.

Aus Sorge um die Sicherheit der Bundeswehrsoldaten insbesondere im Einsatzgebiet Faisabad haben wir die Bundesregierung mit Nachdruck an ihre Verpflichtung erinnert, alle erdenklichen Maßnahmen zum Eigenschutz und zur Handlungsfähigkeit der Bundeswehr auch in Krisensituationen und unter winterlichen Bedingungen zu ergreifen. Wir haben das Urteil der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr zur Kenntnis genommen, daß der Einsatz der deutschen Soldaten in Afghanistan insbesondere der Einsatz der Regionalen Wiederaufbauteams in Kunduz und Faisabad auch unter den schwieriger werdenden Bedingungen voll zu verantworten ist.



Gerlinde Kaupa

Mitglied des Deutschen Bundestages
Drogenbeauftragte der CDU/CSU
Bundestagsfraktion

Deutscher Sitz im VN-Sicherheitsrat

Völlig von dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu trennen ist die Diskussion um einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Aus Sicht der Union wäre ein europäischer Sitz wünschenswert. Hierfür ist allerdings noch einiges im Hinblick auf eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Ein deutscher Sitz im Sicherheitsrat wäre bis dahin auch für die Union eine Option. Der zwischenzeitlich eingetretene Stillstand in der Frage eines deutschen Sitzes ist dem unprofessionellen Vorgehen der deutschen Bundesregierung unter Führung von Gerhard Schröder zuzuschreiben. Dort war man "finster entschlossen", so der Minister des Kanzleramtes, den Sitz für sich zu reklamieren und hat das Thema auch noch, wie übrigens manches andere außenpolitische zusätzlich öffentlich zu Markte getragen, statt es, einer guten Übung in der Diplomatie folgend, mit den Beteiligten zu verhandeln. Mit einer Auswahl anderer Interessenten für einen Sitz im Sicherheitsrat, Brasilien, Japan und Indien ist Deutschland in der Sache vorgeprescht und gescheitert.

Das Vorgehen war unüberlegt: Während sich die Bundesregierung beispielsweise auf Brasilien (dem zwar größten aber einzigen portugiesischsprachigen Land in Gesamt-Mittel- und Südamerika) als Vertreter für Lateinamerika festgelegt hat, wurde den Afrikanern überlassen, wie sie sich untereinander einigen. Gesprochen und verhandelt hat Deutschland mit maßgeblichen Nationen offensichtlich gar nicht oder völlig unzureichend, denn die Ablehnung gegen einen deutschen Sitz im VN-Sicherheitsrat wird von Ländern angeführt, die uns ansonsten nahestehen. So sind Italien, Spanien, Kanada und Argentinien in vorderster Front derer zu finden, die einen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat ablehnen. Das ist die Quittung für rot-grüne Außenpolitik mit der Brechstange. Diese Blamage hätte sich Deutschland ersparen können.

Endlagerung Atommüll

Rot-Grün hat in der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 1998 angekündigt, einen nationalen Entsorgungsplan für radioaktive Abfälle zu erarbeiten und alternative Standorte zur Auswahl eines atomaren Endlagers zu untersuchen. Die Untersuchung des Salzstocks in Gorleben wurde unterbrochen. Ende 2002 hat dann der von der Bundesregierung eingesetzte „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AK End)“ einen Abschlußbericht vorgelegt. Geschehen ist seitdem nichts. Bundesumweltminister Trittin hat wiederholt angekündigt, einen Gesetzentwurf zur Suche nach einem Endlager für Atommüll vorzulegen, Eckpunkte dazu sollten im Herbst 2004 vorgestellt werden. Passiert ist nichts.

EU-Mitgliedschaft der Türkei

Eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ist für uns nicht realistisch, weil es die Aufnahmefähigkeit der Union überfordert. Wir haben zunächst einmal den Zuwachs aus der Erweiterung um zehn Mitglieder im vergangenen Jahr zu verkraften, ein Prozeß der noch Jahre dauern wird. Zudem gibt es weitere osteuropäische Aspiranten auf eine Mitgliedschaft, die zuvor zu berücksichtigen sind. Die Türkei macht zwar einige Fortschritte, der Nachholbedarf bei der Anpassung an EU-Standards ist jedoch ganz erheblich. Auch mit manch Grundsätzlichem hapert es: Die aktuelle Handhabung des Völkermordes an den (christlichen) Armeniern durch die Türken im Ersten Weltkrieg zeigt, daß die Türkei ein großes Maß an Aufarbeitung zu leisten hat, die sich nicht in papierernen Erklärungen erschöpfen kann, sondern erkennen lassen muß, daß ihr eine innere Überzeugung zu Grunde liegt. Eine privilegierte Partnerschaft, wie wir von der Union sie vorschlagen, ist ein realistisches und reelles Angebot an die Türkei. Wir werden in die vereinbarten Verhandlungen eintreten und im Gegensatz zu der amtierenden Bundesregierung in Bezug auf eine Vollmitgliedschaft wirklich zieloffen und ergebnisoffen beraten. Rot-Grün hat versucht in dieser Frage die Bürger zu überfahren



Gerlinde Kaupa

Mitglied des Deutschen Bundestages
Drogenbeauftragte der CDU/CSU
Bundestagsfraktion

und damit einen der Gründe für das Scheitern des EU-Verfassungsvertrages gelegt.

EU-Verfassungsvertrag

Wir haben eindeutig damit zu kämpfen, daß die europäischen Angelegenheiten in der Bevölkerung in beträchtlichem Umfang auf Skepsis, Ablehnung oder Unwissen treffen. An alle in der Politik Tätigen gerichtet hat Ministerpräsident Edmund Stoiber deshalb in der Bundestagsdebatte zur Verabschiedung des EU-Verfassungsvertrages im Mai dieses Jahres die Notwendigkeit betont, daß die europäische Sache unseren Bürgern näher gebracht werden muß. Er hat zutreffend davor gewarnt, Ängste der Bürger mit pathetischen Floskeln abzubügeln. Stoiber hat deshalb noch einmal dargestellt, weshalb die Zustimmung zu dem Verfassungsvertrag in der Gesamtschau die Situation gegenüber der bisher gültigen, in Nizza beschlossenen Vertragslage eine Verbesserung bedeutet. Den vollständigen Text der Rede erhalten Sie unter folgendem Link:

http://www.csu.de/csu-portal/csude/uploadedfiles/Reden/050512_EU-Verfassung.pdf

Der Verdrossenheit eines Teils der Bevölkerung werden wir dadurch entgegenwirken, daß wir stärker darauf achten, daß einer Regierung nicht wieder Fehler unterlaufen, wie bei der Dienstleistungsfreiheit. Der Verzicht auf Übergangsregelungen hat hier eine unerwünschte Entwicklung bei Billiglöhnen und Sozialdumping herbeigeführt, die jetzt populistisch von denen gebrandmarkt wird, die Gegenmaßnahmen unterlassen haben. Die Bundesregierung hat übrigens auch bei der Verhandlung des Vertrags keine gute Figur abgegeben. Dies kam in der schwachen Rede des Bundeskanzlers zum Ausdruck. Anstatt deutsche Interessen von Anfang an hochrangig zu vertreten, wurde der Vertragsentwurf zum Tabu erklärt. Die Union war daher zur Realisierung ihrer Ziele auf die Initiativen der Regierungschefs anderer Länder angewiesen. Der Vertrag könnte in manchen Punkten besser sein, die Vorteile jedoch überwiegen. Wir achten die ablehnende Haltung einiger Kolleginnen und Kollegen. Die überwiegende Mehrheit hat sich aber zu einem klaren „Ja“ bekannt, weil der Gewinn an Chancen für Europa, der sich an den einzelnen Regelungen festmachen läßt, im Vordergrund stand.

Gottesbezug

Sie haben den fehlenden Gottesbezug im EU-Verfassungsvertrag kritisiert. Wir haben mit allen Möglichkeiten, die uns als Opposition zur Verfügung stehen, für die Aufnahme des Gottesbezuges gekämpft: in Anträgen, Debatten und Ausschüssen haben wir an die Regierung appelliert, sich für den Gottesbezug einzusetzen. Dieses Anliegen ist von der rot-grünen Bundesregierung nicht aufgenommen worden und sie hat auch Staaten wie Polen und Spanien, die für den Gottesbezug waren, nicht unterstützt. Letztendlich ist die Aufnahme des Gottesbezuges am Widerstand von Frankreich und Belgien gescheitert. Da wir als Opposition keine weiteren Möglichkeiten hatten, um unsere Vorstellungen durchzusetzen, mußten wir uns mit den derzeitigen politischen Gegebenheiten, die Ausdruck unseres demokratischen Systems sind, abfinden.

Ausländerpolitik

In der Ausländerpolitik hat die Union als Opposition einen zum Teil maßgeblichen Einfluß auf die Werdung von Gesetzen genommen. Die Verhinderung des Zuwanderungsgesetzes in der von der rot-grünen Bundesregierung ursprünglich geplanten Form war ein wichtiger Schritt, bei dem SPD-Politiker (Ausführender war der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, als amtierender Bundesratspräsident) nicht davor zurückgeschreckt sind, sich verfassungswidriger Taschenspielertricks auf höchster Ebene zu bedienen um die



Gerlinde Kaupa

Mitglied des Deutschen Bundestages
Drogenbeauftragte der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Mehrheiten im Bundesrat auszuhebeln. Das durch uns angerufene Bundesverfassungsgericht mußte ihn in seine Schranken weisen.

Die Union steht zu ihrer Politik der Vorfahrt für Integration der hier lebenden Ausländer. Sie tut dies in der Erkenntnis, daß das rot-grüne Projekt multikultureller Parallelgesellschaften gründlich gescheitert ist. Wir bleiben dabei ein weltoffenes Land, daß natürlich auch weiterhin gerne Menschen aus anderen Ländern aufnimmt, aber wir behalten uns - wie alle klassischen Einwanderungsländer auch - das selbstverständliche Recht vor auszuwählen, wen wir aufnehmen und wen nicht. Wir orientieren uns dabei strikt daran, was der Entwicklung unseres Landes und unseres Gemeinwesens dienlich ist.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesen Ausführungen die Position der CSU und der CDU verdeutlichen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Gerlinde Kaupa MdB